

Die peruanische Wirtschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Carlos Contreras Carranza

Die Massenmedien haben in den vergangenen Jahren das beschleunigte Wachstum und ein in gewissem Ausmaß investitionsfreundliches Klima der peruanischen Wirtschaft hervorgehoben. Ihrer Berichterstattung zufolge hat sich die Wirtschaft in dem Andenland innerhalb der letzten beiden Jahrzehnte im lateinamerikanischen Vergleich mit am besten entwickelt. Die positivsten Kommentare unterstreichen den Erfolg der Reformen, die seit den 1990er Jahren die Wirtschaft für das freie Spiel der Marktkräfte geöffnet haben. Allerdings herrscht heute angesichts historischer Präzedenzfälle und der Schwäche der sozialen und politischen Institutionen des Landes eine gewisse Besorgnis bezüglich der Nachhaltigkeit dieses Wachstums vor. In den letzten beiden Jahren ist das Wachstum der Exporte und der Investitionen in den Bergbau – der beiden Motoren der Expansion seit den 1990er Jahren – zum Erliegen gekommen. Damit stellt sich die Frage, ob es gelingen kann, den Expansionsimpuls durch Diversifizierung seiner Grundlagen aufrecht zu erhalten.

1. Dualwirtschaft

Die peruanische Wirtschaft zeichnet sich, wie es in vielen postkolonialen Staaten der Fall ist, durch einen dualen Charakter aus. Das heißt, sie setzt sich aus zwei unterschiedlichen Sektoren zusammen, die mit verschiedenen Bevölkerungsgruppen, Räumen, Logiken und Zyklen operieren, auch wenn sie einige Anknüpfungspunkte haben. Auf der einen Seite gibt es den Sektor, der sich an der Produktion von Gütern für den Export orientiert, normalerweise handelt es sich dabei um Rohstoffe aus dem Bergbaubereich. Auf der anderen Seite werden Güter für die Subsistenzwirtschaft produziert: Nahrungsmittel, Haushaltsgegenstände, Wohnungen in Eigenbau und diverse Dienstleistungen für den Alltag (Einzelhandel, Transporte kurzer und mittlerer Reichweite, Körperpflege, Pflege von Familienangehörigen etc.).

Der Exportsektor beschränkt sich nicht ausschließlich auf die Exportindustrie, sondern enthält Bereiche wie das Bankwesen, den formalen Handel, d.h. Geschäfte, in denen die städtische Mittel- und Oberschicht einkauft, sowie diejenigen Firmen, die Dienstleistungen für die Exportindustrie zur Verfügung stellen, einschließlich derjenigen, die die Konsumnachfrage der Unternehmer, Manager, Angestellten und Arbeiter dieses Sektors bedienen. Darunter fallen auch Unternehmen, die Dienstleistungen für den in- und ausländischen Tourismus anbieten. Der Exportsektor umfasst auch Privatunternehmen, die seit den 1990er Jahren mit dem Staat Verträge über Konzessionen für öffentliche Dienstleistungen vereinbart haben (Telekommunikation, Elektrizität, Bahn, Flughäfen und Straßen sowie in einigen Städten die Wasserversorgung der Haushalte). Bei einem Großteil von ihnen handelt es sich ganz oder teilweise um ausländische Firmen. In dem Ausmaß, in dem die Staatseinnahmen von diesem Bereich abhängen und in dem ein bedeutender Aspekt staatlichen Handelns sich der Befriedigung dieser Bedürfnisse widmet, müsste auch der Staat als Teil dieses Sektors betrachtet werden, obwohl man berücksichtigen muss, dass die öffentliche Wirtschaft einer anderen Logik folgt.

In diesem weitgefassten Sinne sind im Exportsektor etwa fünf der sechzehn Millionen Menschen beschäftigt, welche die wirtschaftlich aktive Bevölkerung des Landes stellen (die Gesamtbevölkerung Perus liegt derzeit bei ca. 30 Millionen Menschen). D.h., der Exportsektor umfasst ca. 30 % der Arbeitskräfte und einen entsprechenden Anteil der Nationalbevölkerung. Seine physische Ausdehnung beschränkt sich auf die Wohngebiete und den formalen Handel Limas und einige wenige Großstädte des Landes in Regionen, in denen dieser Sektor besonders stark vertreten ist, darunter Trujillo, Chiclayo, Piura und Cajamarca im Norden sowie Arequipa und Cuzco im Süden. Weniger stark ist er in und um die Städte Iquitos, Huanayo, Tarapato, Tumbes und Huaraz ausgeprägt, wo bestimmte touristische Aktivitäten stattfinden. Er umfasst auch die Bergbauregionen und Agrarbetriebe, in denen Güter extrahiert oder produziert werden, die für den Export bestimmt sind. Erstere verteilen sich auf das gesamte peruanische Hochland (*sierra*); letztere auf die Küstenregion (*costa*), aber auch auf einige Täler des östlichen Hochlandes und des höher gelegenen Urwaldes, wo sie mit dem Kokaanbau konkurrieren.

Dieser Sektor produziert transferierbare Güter und nutzt dabei die Vorteile Perus im Vergleich mit anderen Ländern: niedrige Kosten für Land und Arbeitskräfte. Bis vor kurzem war der Boden billig, die Klein-

bauern, die ihn bearbeiteten, hatten kaum politischen Einfluss oder ihr Einverständnis konnte zu einem relativ geringen Preis erkaufte werden. Der Staat erließ keine Umweltregelungen, die die Bergbauprojekte verteuert hätten, wie es in anderen Weltregionen der Fall war. Allerdings beginnen sich diese Bedingungen in den letzten Jahren zu ändern, womit die Rentabilität des Exportsektors in Gefahr gerät.

Der Subsistenzsektor ist aufgrund seines Restcharakters vielfältiger, d.h., er wird von all denen gebildet, die nicht zum Exportsektor gehören. Es handelt sich um den größten Sektor, berücksichtigt man die Zahl der in ihm beschäftigten Personen, da er zum einen die Landbevölkerung einschließt, die sich Ackerbau und Viehzucht zur Selbstversorgung widmet, zum anderen aber auch die städtischen Bevölkerung, der es nicht möglich war, sich in den formalen Arbeitsmarkt einzubringen. Sie lebt daher vom informellen Handel, Betteln, prekären Arbeitsverhältnissen, Kunsthandwerk und diversen Formen der Selbstständigkeit, darunter Dienstleistungen und Produktion sowie Verkauf von gefälschten Produkten wie illegalen Kopien von Büchern und Musik oder ähnlichem. Die direkten Steuern in Peru sind hoch: die Mehrwertsteuer liegt bei 18 %, im Falle bestimmter Produkte werden auf sie noch höhere "selektive Konsumsteuern" aufgeschlagen. Steuerflucht und der Weg vieler Personen und Firmen in die Informalität werden so gefördert. Ein Teil des informellen Sektors lebt auch von den Geldsendungen, die von in den letzten Jahren emigrierten Verwandten aus Nachbarländern wie Argentinien und Chile nach Peru geschickt werden. Man schätzt, dass es zwischen zwei und drei Millionen Peruaner in der Emigration gibt, die aus allen sozialen Schichten kommen.

Momentan leben 75 % der peruanischen Bevölkerung in Städten und 25 % auf dem Land. Vor einem halben Jahrhundert war das Verhältnis 47 % zu 53 %, und 1940 waren die Proportionen nahezu umgekehrt: ein Drittel lebte in den Städten, zwei Drittel auf dem Land. Die beschleunigte Urbanisierung erfolgte durch starke inländische Migration vom Land in die Städte. Letztere waren bis Mitte des 20. Jahrhunderts mehr Wohngebiete derjenigen weißen und mestizischen Eliten, die das Land regierten, als Ausgangspunkte für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Sie waren nicht auf die ökonomische und soziale städtische Integration der Quechua sprechenden Bauern vorbereitet, die Koka kauten und auf die Straße urinierten. Deshalb wurden die Migranten physisch und wirtschaftlich in den Randgebieten der Städte angesiedelt, wo sie eine Wirtschaft erfinden mussten, die ihnen das Überleben ermöglichte.

Während die Menschen aus dem Exportsektor in Privatschulen unterrichtet wurden, gingen die Menschen der Subsistenzwirtschaft auf öffentliche Schulen, an denen es weniger Unterrichtsstunden gab und die Lehrer weder die notwendige Ausbildung und Motivation mitbrachten noch wie diejenigen an den Privatschulen kontrolliert wurden. Wie neuere Studien nahelegen, funktioniert das öffentliche Bildungssystem als Stigma auf dem Arbeitsmarkt, vor allem in Lima (Beltrán/Seinfeld 2013). Im Allgemeinen verweilt die Bevölkerung des Subsistenzsektors weniger Jahre im Bildungssystem als diejenige des erstgenannten Sektors; oft erreicht sie nicht den Grundschulabschluss und fast nie die Hochschulreife oder einen Universitätsabschluss. Häufig ist ihre Muttersprache nicht Spanisch, sondern eine der indigenen Sprachen wie Quechua oder Aymara, was zusammen mit der kurzen Verweildauer im formalen Bildungssystem zu einer geringen Fähigkeit im Gebrauch der *lingua franca* des Landes, also des Spanischen, führt (Figueroa 2003).

Während sich historisch gesehen – und mit staatlicher Unterstützung – die Bevölkerung des Exportsektors die besten Böden und Bergbaulagen sowie die den meisten Gewinn abwerfenden Handelsaktivitäten wie den Exporthandel aneignete, ist die Logik jener Bevölkerung die Subsistenz, ohne dass dies verhindern würde, dass sie nach Wegen sucht, um sich in den erstgenannten Sektor einzubringen. Das geschieht bisweilen in Zeiten konjunkturellen Aufschwungs und Wachstums, wie sie etwa für die peruanische Wirtschaft seit den 1990er Jahren charakteristisch gewesen sind.

Wie gesagt gibt es zwischen dem Exportsektor und demjenigen der Subsistenzwirtschaft einige Berührungspunkte, weshalb sie nicht als völlig unabhängig betrachtet werden können. Der Subsistenzsektor bildet ein Reservoir für gering qualifizierte Arbeitskräfte, die der Exportsektor in Zeiten der Hochkonjunktur rekrutieren kann. Der Subsistenzsektor stellt auch bestimmte Dienstleistungen für die Mitglieder des Exportsektors zur Verfügung, wie etwa Pflege und Reinigung des Haushalts und der Automobile sowie Kinder- und Seniorenbetreuung. Und über die öffentlichen Ausgaben profitiert die Bevölkerung des Subsistenzsektors von einem Teil der Gewinne, die der Staat durch Steuern aus dem Exportsektor abschöpft. Dieser Bereich hat sich in den Zeiten des letzten Aufschwungs erweitert.

In den Jahren 2009 bis 2013 entsprach der Wert der peruanischen Exporte im Jahresdurchschnitt 26 % des Bruttoinlandsprodukts (BCRP 2014). Wenn wir die anderen Bereiche des Exportsektors dazu nehmen,

wie etwa den formellen Handel und die Industrie der Konsumgüter, die über diesen Handel funktioniert, sowie die staatlichen Dienstleistungen und den Tourismus, dürfte der Exportsektor nicht weniger als drei Viertel der gesamten Wirtschaft ausmachen. Da er nur ca. 30 % der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung beschäftigt, kann man daraus schließen, dass die durchschnittlichen Einkommen seiner Mitglieder ein Mehrfaches derer der ökonomisch aktiven Bevölkerung des Subsistenzsektors betragen.

Die Wirtschaft des Landes wird folglich vom Exportsektor dominiert, und das zu einem Zeitpunkt, zu dem die Exporte traditionell von Bergbauprodukten beherrscht werden. Im Zeitraum 2009-2013 betrug der Durchschnitt der Exporte des Bergbaubereichs (einschließlich der Gewinnung von Erdöl und dessen Derivaten) am gesamten Export 68 %, was uns eine Vorstellung von seiner starken Vormachtstellung im Außenhandel des Landes gibt (BCRP 2014).

Der Exportsektor beschäftigt relativ wenige Menschen. Im Bergbau sind beispielsweise derzeit nur etwa 120.000 Menschen angestellt. Doch zeichnet er sich durch sehr hohe Produktivität aus: Die 120.000 im Bergbau beschäftigten Personen, die weniger als 1 % der aktiven Bevölkerung stellen, erzeugen 15 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Das liegt sowohl an der hochentwickelten Technologie des Sektors, der mit reichlichen Kapitalgütern operiert (mit hohen Kosten verbundene Maschinen und Equipment), als auch daran, dass es sich um einen Sektor handelt, der die Renditen der Natur in hohem Maße ausnutzt. Wenn die Preise für Metalle auf dem Weltmarkt hoch sind, steigen diese Renditen derart, dass selbst die Bauern oder Menschen aus dem Subsistenzsektor anfangen, in den Minen zu arbeiten, praktisch nur mit ihren eigenen Händen oder mit einfachen bzw. handwerklich hergestellten Werkzeugen. Sie erzielen dennoch attraktive Gewinne, durch die sie aus dem Agrarsektor oder dem Einzelhandel abgezogen werden.

Seit dem legendären Aufschwung des Guano im 19. Jahrhundert war immer der Exportsektor die Quelle, aus der sich die wirtschaftliche und soziale Elite des Landes bediente. Diese litt zunächst unter der Konkurrenz ausländischer Firmen, die sie aus dem lukrativsten Bereich der Ökonomie zu verdrängen drohten, aber mit der Zeit fanden die lokale Elite und das ausländische Kapital zu einem symbiotischen System des Zusammenlebens und der Partnerschaft (Thorp/Bertram 2013; Cotler 1978). Die wirtschaftliche und soziale Elite hat zu bestimmten Zeiten unmittelbar die Regierung der Nation gestellt, und zu anderen Zeiten hat sie indirekt

regiert. Praktisch übte sie immer genügend Einfluss aus, um politische Entscheidungen der Regierung dahingehend zu beeinflussen, dass sie die Entwicklung des Exportsektors begünstigten und dessen Eigentumsrechte respektierten, auch wenn Konzessionen an den Subsistenzsektor gemacht wurden, wenn eine schwierige politische Konjunktur dies ratsam erscheinen ließ.

Ein Teil des Übereinkommens zwischen Elite und Staat, damit letzterer den Exportsektor begünstigte, bestand darin, zu akzeptieren, dass dieser Sektor die wesentliche fiskalische Stütze der Nation darstellte. Auf diese Weise haben die peruanischen Regierungen seit dem 19. Jahrhundert (sogar bereits zuvor, wenn wir die Geschichte der Kolonialzeit studieren) grundsätzlich von den Renditen der Exporte gelebt. Manchmal geschah das durch direkte Monopolisierung, d.h. durch Verstaatlichung der Erzvorkommen und deren Ausbeutung mit Hilfe von staatlichen Unternehmen oder privaten Auftragnehmern. In anderen Fällen wurden von den Exportunternehmen Lizenzgebühren entsprechend der Menge der gewonnenen Materialien oder Steuern auf die Gewinne ihrer Vermarktung eingenommen. Die Regierung erhielt auch indirekte Renditen durch die Exporte, indem sie z.B. Steuern auf importierte Produkte erhob, deren Einfuhr durch die Exporte ermöglicht wurde, oder durch die Erhebung von Steuern bei den Erwerbstätigen des Sektors.

Die "schwarze Legende" über die ausländischen Enklaven in Lateinamerika verbreitete die Idee, die Exportfirmen würden keine Multiplikatoreffekte auf die lokale Ökonomie haben. Das stimmte grundsätzlich für einige Sektoren wie die Erdölwirtschaft. Allerdings gab es auch in diesen Sektoren immer eine "fiskalische Verbindung", also Einnahmen, welche die Regierung durch Steuern erzielte, die vermittels der öffentlichen Ausgaben in die Binnenwirtschaft injiziert wurden. In anderen Exportbranchen des Landes wie dem Silber-, Kupfer-, Zink-, Blei- und Goldbergbau dürfen die Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft keinesfalls unterschätzt werden. Im Falle der Agrarexporte sind sie aufgrund der traditionell höheren Beschäftigungsquote tendenziell sogar noch größer (Thorp/Bertram 2013).

Der Exportsektor ist folglich der Nerv der peruanischen Wirtschaft. Auch wenn er unmittelbar nicht viele Arbeitsplätze bietet, so geschieht dies doch mittelbar, denn er hat sich in einen bedeutenden Käufer von Gütern und Dienstleistungen verwandelt. Diese können nicht alle auf lokaler Ebene zur Verfügung gestellt werden, weshalb einige von ihnen importiert werden müssen, andere aber werden lokal bereitgestellt, wie zum

Beispiel die Reparatur sowie Wartung von Gerätschaften und Fahrzeugen, der Bau und die Instandhaltung öffentlicher Infrastruktur, Rechts- und Buchhaltungsberatung, Beratung zum Umgang mit der benachbarten Bauernbevölkerung, Kauf von Dienstkleidung und Schutzvorrichtungen für die Arbeiter und Kantinen für ihre Lager etc. Ab einem bestimmten Punkt kann man kaum noch unterscheiden, ob die Arbeitsplätze auf den Exportsektor oder den Subsistenzsektor entfallen. Das kommt in den letzten Jahren immer häufiger vor, da die Exportunternehmen Käufe bei den Familien und Organisationen des Subsistenzsektors bevorzugen, um ihr politisches Image und die Meinung, welche die Ärmsten der Bevölkerung von ihnen haben, zu verbessern.

Die peruanische Wirtschaft bewegt sich gemäß dem Rhythmus, der ihr vom Exportsektor aufgezwungen wird. Wenn letzterer gut funktioniert, steigt die Beschäftigung an, vor allem die formale, die einer gewissen Stabilität unterliegt und Krankenversicherung, Ansparpflicht für die Rente und Reserven für Zeiten der Arbeitslosigkeit beinhaltet. In den Einkaufszentren Limas und anderer Städte im Landesinneren bilden sich Käufergeschlangen an den Kassen, die Wohnungs- und Mietpreise steigen, die Verkaufszahlen der Automobile vervielfachen sich und die Kurse an der kleinen Börse in Lima gehen in die Höhe, da ihre Zyklen im Wesentlichen von den Aktien der Bergbauunternehmen bestimmt werden. Die Gewinne an der Börse, die während eines Preisanstiegs für Rohstoffe am Weltmarkt spektakulär ausfallen können, verbreiten Optimismus bei den Unternehmern und sogar bei den Erwerbstätigen, die sehen, wie die Rücklagen ihrer Rentenfonds Monat um Monat wie Schaum aufsteigen.

Die folgende Grafik (Abb. 1) zeigt den ansteigenden Zyklus der peruanischen Exporte seit den 1990er Jahren sowie den bestimmenden Effekt, den die Exporte aus dem Bergbau auf die allgemeine Entwicklung hatten. Der Aufstieg beschleunigte sich während der 1990er Jahre. Er ist im Wesentlichen auf die Veränderungen der internen Bedingungen zurückzuführen. Dazu gehört das Ende der politischen Gewalt mit den Wirren der subversiven terroristischen Bewegungen, die in den Jahren zuvor die öffentliche Meinung erschüttert und das Alltagsleben der Bevölkerung sowie das Wirtschaftsleben durch selektive Exekutionen von Autoritäten und Unternehmern, Straßensperren und Unterbrechung der Elektrizitätsversorgung erschwert hatten. Darüber hinaus ging die Inflation auf ein Normalmaß zurück, nachdem sie vor 1990 jährlich drei- und vierstellige Ziffern erreicht hatte.

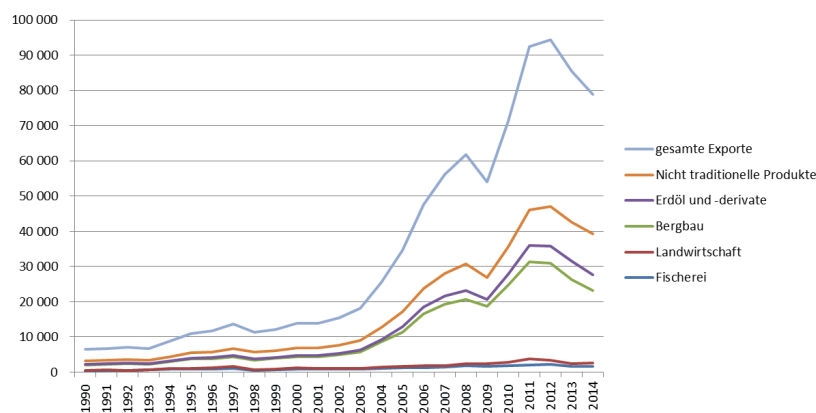


Abbildung 1: Exportvolumen 1990-2014 in Millionen Neuen Soles von 2007. Quelle: BCRP (2014).

Dafür waren die Änderungen in der Wirtschaftspolitik bedeutsam, welche die Regierung des Agraringenieurs Alberto Fujimori durchsetzte, auf die ich weiter unten noch zurückkommen werde. Ab 2003 beschleunigte sich das Wachstum der Exporte mit dem Anstieg der Ankäufe von Kupfer, Eisen und Zink durch China und dem schwindelerregenden Aufschwung des Goldpreises. In weniger als zwanzig Jahren, von 1993 bis 2011, vervielfachten sich die Exporte nahezu um das Vierzehnfache; sie stiegen von 3 Milliarden auf 46 Milliarden US-Dollar. Die Grafik zeigt auch, wie der Rückgang der Edelmetallpreise in den letzten Jahren zusammen mit dem Anstieg der sozialen Konflikte in den Bergbauregionen des Landes und einem gewissen Verlust des Optimismus der Unternehmer die Exporte stagnieren bzw. in den letzten beiden Jahren gar zurückgehen lässt.

Kupfer und Gold haben wesentlich zum Exportboom beigetragen. Andere Güter, wie etwa Fischmehl, Zucker und Baumwolle, die in früheren Zyklen die Hauptrolle für den Aufschwung spielten (und alle von fundamentaler Bedeutung für die Blüte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren), haben teilweise oder völlig an Bedeutung verloren (siehe Tabelle 1).

Auch die bedeutendsten Bergwerke sind jene, in denen Gold und Kupfer gewonnen werden. Einige dieser Vorkommen wurden schon vor mehr als einem halben Jahrhundert ausgebeutet, wie diejenigen in Cerro de Pasco, Yauli und Toquepala, die sich alle in der zentralen Zone des

peruanischen Hochlandes befinden. Aber die großen Goldminen wie Yanacocha in Cajamarca und Antamina in Ancash, in denen auch Kupfer, Silber und andere Metalle extrahiert werden, weil nahezu alle Vorkommen polymetallisch sind, bestehen seit den 1990er Jahren. Für die Aktivierung des Bergbausektors zu diesem Zeitpunkt waren die Reformen entscheidend, die die Regierung Fujimori zwischen 1990 und 2000 umsetzte.

Produkte	Prozentualer Anteil am gesamten Export 2006	Prozentualer Anteil am gesamten Export 2011
Kupfer	25,6	23,1
Gold	17,2	21,8
Erdöl	7,8	7,4
Zink	8,5	3,3
Textilien	6,3	4,3
Fischmehl	4,8	4,5
Blei	3	5,2
Chemische Produkte	2,6	3,6
Kaffee	2,2	3,4
Molybdän	3,6	1,2

Tabelle 1: Wichtigste peruanische Exportgüter in den Jahren 2006 und 2011.
Quelle: BCRP (2011: 278-280).

2. Die Einsetzung und Konsolidierung des neoliberalen Wirtschaftsmodells

Mit der Absicht, neue in- und ausländische Investitionen anzulocken sowie das Vertrauen in das Land zu verbessern, wurden mit dem Internationalen Währungsfonds und der Auslandsbank, deren Dienstleistungen in vielen Fällen seit dem vorhergehenden Jahrzehnt eingestellt worden waren, die Auslandsschulden neu verhandelt. Emblematische Staatsunternehmen, die oftmals aus Enteignungen vor allem ausländischer Privatunternehmen in den 1970er Jahren hervorgegangen waren, wurden geschlossen oder reprivatisiert. Selbst die Entwicklungsbank, die in den 1930er Jahren geschaffen worden war, um Privatunternehmen mit Krediten zu versorgen, wurde abgewickelt. Banken, Flug-, Schifffahrts- und Eisenbahngesellschaft-

ten, Bergbau- und Zementfirmen sowie pharmazeutische Unternehmen, Tankstellen, Supermarktketten und Lebensmittelunternehmen wurden privatisiert. Andere Staatsunternehmen, die häusliche Dienstleistungen anboten, wurden durch die Vergabe von "Konzessionen" privatisiert, die nach einem Zeitraum von ein paar Jahren neu vergeben werden.

Ein wichtiger Mechanismus, durch den die Regierung in den 1990er Jahren Anreize für Investitionen schaffen wollte, waren Verträge mit steuerlicher Stabilität. Aufgrund ihrer Erfahrungen fürchteten manche Unternehmer Steuererhöhungen von Seiten der Regierung in dem Moment, in dem ihre Investitionen endlich einmal rentabel würden. Dieses Risiko senkte ihre Investitionsbereitschaft. Die Verträge mit steuerlicher Stabilität setzten dieser Befürchtung ein Ende, denn den Unternehmen wurde garantiert, dass das anfängliche fiskalische Schema während eines Zeitraums, der normalerweise 25 Jahre beträgt, nicht verändert wird. Da die Kosten der Arbeitskräfte im Inland und die Bodenpreise im Gleichschritt mit der schweren Wirtschaftskrise gesunken waren, die zwischen 1987 und 1990 zu einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um 25 % geführt hatte, bot das Szenario der Steuerstabilität den Investoren rosigere Aussichten. Zwei weitere Faktoren verbesserten das Investitionsklima entscheidend: Erstens wurde im September 1992 Abimael Guzmán Reynoso, der oberste Anführer der maoistischen Gruppe *Sendero Luminoso*, die für den Großteil der terroristischen Attentate im Land verantwortlich war, verhaftet. Zweitens war und blieb die Regierung populär, sowohl aufgrund des Erfolges im Kampf gegen den *Sendero Luminoso* als auch wegen der Verringerung der Inflation auf ca. 10 % (ein Stand, der seit 1973 nicht mehr erreicht worden war) .

Die Senkung der Inflation ließ die Vergabe von Bankkrediten wieder aufleben und es verbreiteten sich Kreditkarten, die in der Vergangenheit als Prestigeobjekte gesehen worden waren, vorbehalten Unternehmern und Angehörigen der Oberschicht. Die Wiederbelebung des Exportsektors, der zwischen 1993 und 1997 seinen Umsatz verdoppelte, schuf vor allem neue Arbeitsplätze und vermittelte den Eindruck, die schlechten Zeiten seien vorbei. Seit Mitte der 1990er Jahre wurden wieder Hypothekenkredite vergeben, von denen die Bevölkerung unter 35 Jahren nur den Namen kannte. Bankkredite für den Wohnungsbau beflügelten die Bauindustrie. Beeindruckende Gebäude wie das Einkaufszentrum Jockey Plaza im südlichen Wohnbezirk von Lima und neue Tankstellen, aufgebaut von den großen, weltweit agierenden Raffinerieunternehmen (Shell, Mobil,

Texaco, Repsol etc.), spiegelten den Optimismus wider, der die Menschen im Exportsektor erfasste, und setzten einen eindrucksvollen Kreislauf des Wachstums in Gang.

Der "Schock" der liberalen Reformen der 1990er Jahre beinhaltete widersprüchliche bzw. politisch kostspielige Aspekte, wie etwa eine Deregulierung der Beschäftigung, durch die Arbeitnehmer leichter entlassen werden konnten. Gleichzeitig sank die Beschäftigungsrate in Staatsbetrieben teilweise gerade wegen der Privatisierungen und des Verschwindens staatlicher Unternehmen. Die Gewerkschaften, paralysiert durch den Kampf zwischen Regierung und Terrorismus und geschwächt von nahezu zwanzig Jahren wirtschaftlicher Depression, konnten diese Maßnahmen nicht verhindern. Ungefähr einem Viertel der Staatsangestellten wurde ihr Gehalt nicht mehr ausgezahlt (was ca. 250.000 Entlassungen beinhaltete). Sie erhielten Prämien, die der größere Teil in gebrauchte Automobile oder Kleinbusse investierte, mit denen sie sich ihren Unterhalt als Taxifahrer oder Busfahrer zu verdienen hofften. Um das zu ermöglichen, wurde der öffentliche Nahverkehr in den Städten liberalisiert: durch das Anbringen eines Schildes an der Windschutzscheibe des Fahrzeugs konnte unter Umständen jeder auf frei gewählten Strecken den Taxi- bzw. Personentransport durchführen. In jenem Moment diente diese Maßnahme der Verbesserung des städtischen Transportsystems, das aufgrund des Fehlens von Fahrzeugen sicherlich ungenügend war, aber auf lange Sicht rief sie ein Verkehrschaos hervor, das gut zwanzig Jahre später noch immer nicht geregelt ist.

Die Preise für die Grundbedürfnisse (Lebensmittel, Wohnungsmiete, öffentlicher Nahverkehr, Treibstoffe, häusliche Dienstleistungen, Baumaterialien und Zinssatz) wurden von der Regierung mit Ausnahme eines sehr reduzierten "lebenswichtigen Mindestlohns" nicht mehr festgelegt. Der Importhandel wurde ebenfalls nach einigen Jahrzehnten des Protektionismus gegenüber der einheimischen Industrie liberalisiert. Seit den schwierigen Jahren der Industrienationen von 1919 bis 1945 hatte man eine Leichtindustrie entwickelt, die Getränke, Kleidung, Haushaltsgeräte, Reifen und anderes Automobilzubehör, Farben und Papier herstellte und sogar Lastwagen, Automobile und Fernseher zusammenbaute. Die Importlawine der 1990er Jahre, die dem Exportanstieg folgte, bedeutete das Ende vieler dieser Fabriken, da sie mit dem industriellen Angebot der asiatischen und einiger lateinamerikanischen Länder nicht konkurrieren konnten. Der Importboom war einerseits die Konsequenz aus der Un-

terdrückung der Importe seit den 1960er Jahren. Andererseits folgte er aus dem Wirtschaftswachstum selbst, das im selben Moment, in dem es zur Abschaffung von Arbeitsplätzen im Staat und in der Haushaltsindustrie führte, zur Schaffung anderer Arbeitsplätze im Bergbau, im Dienstleistungs- und Finanzsektor beitrug. Dazu kam eine Neuorientierung in der Wechselkurspolitik. Seit den 1950er Jahren hatte man auf eine Überbewertung des US-Dollars gesetzt: Die Regierung setzte regelmäßig den Wechselkurs fest, der sich ständig erhöhte. Dies geschah auf Druck der Exportunternehmen, denen eine unterbewertete nationale Währung nützlich war, weil sie auf diese Weise die Kluft zwischen ihren Kosten (die sie in der Nationalwährung zahlten) und ihren Verkäufen (die sie in Dollar oder anderen internationalen Devisen abwickelten) vergrößerten.

Diese Politik benachteiligte die übrige Wirtschaft, denn sie verteuerte die Zahlungen der Auslandsschulden und der importierten Güter, von denen einige für die peruanische Bevölkerung von grundsätzlicher Bedeutung waren, darunter Lebensmittel wie Weizen, Fleisch und Milch, die von der siechenden nationalen Landwirtschaft nicht in genügendem Maße hergestellt wurden. Um dieses Problem zu lösen, hantierten die Regierungen mit mehreren Wechselkursen: der Dollar für den Import von Lebensmitteln, Industriegütern oder Medikamenten war weniger wert als der Dollar für touristische Reisen oder den Import von Luxusgütern. Die fehlende Kontrolle der Behörden begünstigte die Korruption und entwertete diesen Mechanismus. Wer über die notwendigen Kontakte verfügte, konnte billige Dollars kaufen, indem er bestimmte Geschäfte deklarierte, für die sie dienen sollten, was aber danach nicht eingelöst wurde.

Die Mechanismen, um Unternehmern und Konsumenten zu helfen, wie die "Banca del Fomento" (Förderbank), die mit staatlichen Mitteln Geld zu Zinssätzen verlieh, welche durch die Inflation negativ wurden (d.h., das Geld, das man zurückzahlte, war in der Summe geringer als dasjenige, das man erhalten hatte), sowie die Subvention des Dollars wurden in der Praxis durch eine ausufernde Korruption entwertet. Aber sie verschwanden nicht, da ihre Nutznießer sie verteidigten. Letztere bezeichnete der Wirtschaftswissenschaftler Hernando de Soto als "merkantilistische Koalition" (Soto 1986). Mit den Reformen der 1990er Jahre wurde der "neue Sol" eingeführt, eine Währung, die einer Million Einheiten der alten Währung "Inti" entsprach, die wiederum 1985 den alten Sol ersetzt hatte. Die Reformen vereinheitlichten den Wechselkurs und ermöglichten dessen Flotieren entsprechend Angebot und Nachfrage, allerdings wurde

er durch tägliche Eingriffe der Zentralbank in den Devisenmarkt kontrolliert. Dies führte im Zusammenspiel mit den Anreizen für ausländische Investitionen und dem Anstieg der Exporte zunächst zu einer Stabilität des Wechselkurses und dann zu seiner Reduktion ab der Dekade der 2000er Jahre. Das war in der peruanischen Wirtschaft seit dem Ersten Weltkrieg nicht mehr vorgekommen.

Mit einer weiteren Reform der 1990er Jahre versuchte der Staat sich der Pensionen der Arbeitnehmer zu entledigen. Das Rentensystem war in den 1930er Jahren mithilfe einer staatlichen Einrichtung geschaffen worden, die vermittelt über die Arbeitgeber eine Quote vom Lohn der Arbeitnehmer einbehielt, welche diese in Form von Renten am Ende ihres Arbeitslebens zurückerhielten. Dieser Fonds wurde aber geplündert, durch die Regierungen schlecht gehandhabt oder von der chronischen Entwertung der nationalen Währung aufgeessen. Als in den sechziger Jahren die ersten Jahrgänge der Arbeitnehmer nach diesem System pensioniert wurden, handelte es sich noch um wenige Menschen im Verhältnis zur breiten Basis der Pyramide neuer Arbeitnehmer. Die Bevölkerung wuchs in den sechziger Jahren fast um 3 % pro Jahr, aber diese Geschwindigkeit verringerte sich schnell zu Ende des Jahrhunderts, bis das Wachstum bei den aktuellen 1,3 % anlangte. Ab den 1980er Jahren musste die Regierung damit beginnen, das Defizit in der Sozialversicherung mit einer immer größeren Quote abzudecken.

Um diesen Blutsturz von Mitteln einzudämmen, schuf die Regierung Fujimori ein privates Vorsorgesystem: Die Banken bauten Einrichtungen auf, welche die Beiträge der Arbeitnehmer verwalten und ihnen eine Rente garantieren sollten, deren Höhe von den Ersparnissen abhängig sein sollte, die sich aus den individualisierten Quoten jedes Einzelnen ergeben würden. Diese Quoten sollten wiederum durch die Investitionen potenziert werden, welche die jeweiligen Einrichtungen mit ihnen realisieren würden. Die genannten Institutionen sollten miteinander um die Gelder der Erwerbstätigen konkurrieren. Allerdings blieb im Unterschied zum chilenischen Modell, an das sich die Reform anlehnte, das staatliche Rentensystem in Kraft, so dass zunächst beide Modelle parallel existierten: das öffentliche, bei dem die Ersparnisse nicht individualisiert wurden, und das private. Das staatliche Rentensystem konnte unter anderem wegen einer Vorzugsregelung für Pensionen („lebendiger Pfandbrief“ genannt), die bestimmte Erwerbstätige des öffentlichen Sektors bevorzugte, nicht abgeschafft werden, denn die Privatunternehmen konnten die Verantwortung

für diese Pensionen wegen fehlender Finanzierung nicht übernehmen. Die unter diese Regelung fallenden Rentner erhalten das derzeitige Gehalt eines Angestellten; sie gilt für Militärs, Richter, Lehrer an staatlichen Schulen und andere Funktionäre staatlicher Betriebe, denen es gelang, sich in dieses privilegierte System einzuschleichen. Nach langwierigen Debatten schloss der Kongress 2004 die Neuaufnahme von Angestellten des öffentlichen Dienstes in dieses System lebendiger Pfandbriefe aus, auch wenn es für alle, die bereits zuvor davon profitierten, weiterhin gültig bleibt.

Die asiatische Krise von 1998 und der Sturz der Regierung Fujimori im Jahr 2000 aufgrund von Korruptionsskandalen unterbrach das Wirtschaftswachstum für einige wenige Jahre (vgl. Abbildung 2). Ab 2002 kehrte das Wachstum zurück. Das lag zum einen am Wachstum der chinesischen Ökonomie. Andererseits machte der 2001 neu gewählte Präsident Alejandro Toledo den Unternehmern klar, dass sein Regime die grundsätzliche Richtung der Wirtschaftspolitik seines Vorgängers beibehalten werde. Etwas Ähnliches geschah im Falle seines Nachfolgers, des Anwalts Alan García Pérez von der APRA-Partei, der die „neoliberale“ Politik, die in den 1990er Jahren eingeführt worden war, fortsetzte. Und auch Ollanta Humala ersetzte, nachdem er 2011 das Präsidentenamt erobert hatte, das als „Die große Transformation“ titulierte Wahlprogramm durch eine pragmatische „Marschroute“, welche die Wirtschaftspolitik auf dem Wege der liberalen Orthodoxie hielt.

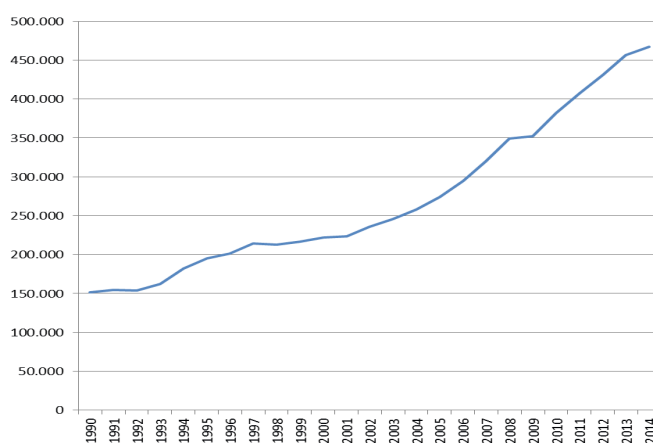


Abbildung 2: Peruanisches Bruttoinlandsprodukt 1990-2014 in Millionen Neuen Soles von 2007. Quelle: BCRP (2014).

Die Verträge zur Steuerstabilität wurden eingehalten und es wurden sogar neue abgeschlossen, obwohl Kritiker monierten, dass sie die nationale Souveränität missachteten. (In diesen Verträgen akzeptierte der peruanische Staat zum Beispiel, eventuelle Konflikte mit den Unternehmen vor internationalen Tribunalen beizulegen.) Auch gab es Kritik an der Ungleichbehandlung von Unternehmen, die Gebrauch von ihnen machten und solchen, die es nicht taten. Die neue Regierung nutzte die Stabilität und sogar die Wertschätzung, welche die peruanische Währung seinerzeit genoss, um ein System von Inlandsdarlehen für die Staatskasse zu schaffen, das wesentlich sicherer und relativ neu in einem Land war, das traditionell sein Finanzdefizit oder seine öffentlichen Infrastrukturmaßnahmen durch internationale Anleihen finanziert hatte. Trotzdem bleibt die Anlehnung der Wirtschaft an den Dollar als Folge der Hyperinflation der 1980er Jahre weiterhin bedeutend, wenn man bedenkt, dass die Hälfte der Kredite im Bankensystem in Dollar festgelegt ist, was immer dann gravierende Ängste hervorruft, wenn der Dollar einen Aufwärtstrend zeigt.

Die Regierungen Toledo (2001-2006) und García (2006-2011) trieben die Unterzeichnung von Freihandelsabkommen mit einer Reihe von Schlüsseländern voran und nahmen dabei keine Rücksicht auf die Entwürfe des Abkommens von Cartagena (das 1969 ratifiziert worden war) oder der Andinen Staatengemeinschaft. Diese hatte ihr Ziel, den Handel unter ihren Mitgliedern zu steigern, mehrere Dekaden nach ihrer Gründung noch nicht erreicht.

Die Gegner der Freihandelsabkommen wiesen darauf hin, dass die Preise für Medikamente und IT-Programme steigen könnten, da die Abkommen Verpflichtungen enthielten, den Schmuggel und die illegale Produktion oder Kommerzialisierung von pharmazeutischen Produkten, Informationstechnologien, Musik-CDs oder Filmen zu verfolgen, für die die entsprechenden Patente US-amerikanischer Unternehmen nicht bezahlt wurden. Darüber hinaus hatte es Befürchtungen gegeben, dass ein Handel ohne Hemmnisse zwischen derart ungleich entwickelten Ökonomien die kleinere und rückständige benachteiligen könnte.

Das Freihandelsabkommen mit den USA wurde schließlich 2006 unterzeichnet und trat am 1. Februar 2009 in Kraft. Ähnliche Abkommen wurden mit Chile (2006, aber mit Inkrafttreten 2009), China (2009), Südkorea (2011), Japan (2011), Mexiko (2011) und der Europäischen Union (2012) unterzeichnet. Man setzt darauf, dass die Hauptnutznießer die Produzenten technifizierter Agrarbetriebe und einige Industriezweige

wie die Textilverarbeitung sein werden. Die Verträge bestätigen auf jeden Fall die Integration Perus in den internationalen Freihandel. Auf politischer Ebene untermauerte der Beitritt des Landes zur so genannten Pazifischen Allianz diese Entwicklung. Die Allianz wurde 2011 von den Regierungen Chiles, Kolumbiens und Mexikos gegründet, die alle ein ähnliches Modell der Wirtschaftspolitik verfolgten.

Mit dem Wirtschaftswachstum stiegen die Steuereinnahmen. Zwischen 2001 und 2006 verdoppelten sie sich nahezu, sie wuchsen von 32 auf 60 Milliarden Soles, und 2006 bis 2013 verdoppelten sie sich noch einmal und erreichten 121 Milliarden. Dieser Anstieg war nicht das Ergebnis irgendeiner Steuerreform, die das Steuersystem grundlegend verändert hätte, sondern des Wirtschaftswachstums selbst sowie einer Verbesserung der Bürokratie und IT-Ausstattung der Steuerbehörde (die *Superintendencia Nacional de Administración Tributaria*, SUNAT [Nationale Aufsichtsbehörde der Steuerverwaltung], die in den 1990er Jahren als Teil des Reformpaktes der Regierung Fujimori geschaffen wurde). Das steuerliche Wohlergehen erlaubte es, die Beziehungen zwischen Staat und Bevölkerung mittels der Sozialausgaben neu zu bestimmen.

Während des gesamten 20. Jahrhunderts war der Staat auf die Bevölkerung zugekommen, indem er Bildungs- und Gesundheitsprogramme sowie den Bau von Straßen umsetzte. Dazu kamen schwache Dienstleistungen für die innere Sicherheit und die Briefzustellung sowie äußerst selten Programme für den Wohnungsbau und die Elektrizitäts- und Wasserversorgung in den Städten. Bis in die 1970er Jahre profitierte vor allem die Mittelschicht von diesen Dienstleistungen – was kohärent mit einem Wahlsystem war, in dem das Wahlrecht bis 1980 nur denjenigen zugestanden wurde, die Spanisch lesen und schreiben konnten. Seit den 1990er Jahren, aber mit mehr Nachdruck seit der Regierung Toledo, wurden “fokussierte” Sozialhilfeprogramme eingesetzt, um die Sozialhilfe an diejenigen auszugeben, die sie wirklich am meisten benötigen: die Bevölkerung des Subsistenzsektors. Um deren Angehörige entsprechend zu identifizieren, wurden nationale Haushaltsumfragen durchgeführt, während zur selben Zeit das Radio mit paternalistischen Nachrichten überschwemmt wurde, in denen die Autoritäten den Müttern erklärten, wie sie ihre Kinder beaufsichtigen sollten oder wie und welche Lebensmittel sie zubereiten sollten.

Man entwarf Programme zur Schaffung lokaler Infrastruktur (Brunnen, Straßen in den Stadtvierteln, Sportplätze, Müllkippen, Märkte, Schu-

len und Kindertagesstätten), zur Verteilung von Lebensmitteln und ab 2005 sogar zur Auszahlung kleiner Geldsummen an die Familien auf dem Land mit Kindern im Schulalter. Die Probleme des “Durchsickerns” und der “Unterdeckung” sind in diesen Programmen eine Konstante geblieben, da Umfragen oft fehlerhaft sind oder die Bevölkerung an ihnen nicht teilnehmen will oder kann. Zum Subsistenzsektor zu gehören bedeutet nicht automatisch arm zu sein; genauer gesagt bedeutet es außerhalb der formalen Wirtschaft zu existieren, deren Geld über die Banken läuft, in der die Verträge schriftlich festgehalten werden und in welcher der Staat die Aktivitäten durch Arbeits- und Steuergesetzgebung kontrolliert.

Der Staat, der zuvor Tribute aus den Armen herausgepresst und sie für die Arbeit in den Minen zwangsrekrutiert oder in eine Uniform gesteckt hatte, um sie in den Krieg zu führen, präsentierte sich nun mit einem Korb voller Lebensmittel und einem Scheck über hundert Soles für die guten Armen, die ihre Kinder in die Schule und zur Station für medizinische Versorgung gebracht hatten. Ziel dieser Hilfe war es auch, die Bauern in die Marktwirtschaft zu integrieren. Die Tatsache, dass sie Geld in den Taschen hatten, würde die Händler dazu animieren, zu ihren isolierten Weilern zu kommen, wo bis zu diesem Zeitpunkt weder Geld zirkulierte noch Lehrer, Krankenpfleger oder Straßenbauunternehmen aufgetaucht waren. Die “nicht kontaktierte” Bevölkerung des Amazonasgebietes sollte ebenfalls dazu animiert werden, sich in einem Staat zu assimilieren, der im Gegenzug für die Aufnahme in die Zivilisation Beihilfen brachte.

3. Konsequenzen des Wachstums und Zukunftsperspektiven

Die Reformen, die in den 1990er Jahren die Wirtschaft liberalisierten, sowie der Exportboom zwischen 1993 und 2011 brachten vielfältige Konsequenzen sowohl für den Export- als auch den Subsistenzsektor mit sich. Im erstgenannten spielten sich Veränderungen bei den Unternehmern ab. Die Gruppen, die am meisten von den Zuschüssen der abgeschafften Förderbank und den Schutzzöllen abhängig gewesen waren, wurden geschwächt oder verschwanden. Andere wiederum wurden gestärkt und dehnten ihre Interessen auf die Banken, einige Industriebereiche, das Baugewerbe oder den Bergbau aus (Durand 2007; 2013). Der Anteil der Industrieproduktion innerhalb der Gesamtwirtschaft blieb mit circa 15 % nahezu gleich, wobei es in den letzten Jahren einen leichten Abschwung gab. Die Zweige

der Textil-, Chemie- und Lebensmittelindustrie, die es schafften, die Öffnung für Importe zu überleben, profitierten vom Wachstum des Binnenmarktes. Mitte 2013 gab es in Peru 8 Millionen Kreditkarten, eine Zahl, die noch zehn Jahre zuvor undenkbar gewesen wäre (*Gestión* 2013).

Die Fortschritte im Exportsektor führten dazu, dass er in die Lage versetzt wurde, einen Teil des Subsistenzsektors zu absorbieren, in erster Linie durch die Anstellung von Arbeitnehmern und weniger durch die Formalisierung seiner Betriebe. Das Wachstum des Baugewerbes in den Großstädten aufgrund der Darlehen für den Wohnungsbau und die Inangriffnahme bedeutender Infrastrukturmaßnahmen wie der Gasleitung im Süden oder der interozeanischen Straße von Ilo nach Iñapari (gebaut zwischen 2006 und 2010 mit insgesamt 2.600 Kilometern Länge) erforderten Arbeitskräfte, die durch die jungen und am besten ausgebildeten Gruppen des Subsistenzsektors gestellt werden konnten. Bis in die 1980er Jahre hatte der Exportsektor nicht mehr als 15 % der Bevölkerung umfasst, so dass Hernando de Soto ihn in einem Ende des vergangenen Jahrhunderts geschriebenen Buch als künstlichen geschützten Bereich beschrieb, der wie unter einer Glasglocke isoliert existiere (Soto 2000).

Die Ausweitung des Bergbaus im Einklang mit den gestiegenen Preisen für Metalle öffnete dem Exportsektor neue Fortschritte in Gebieten, die er bis dahin nicht betreten hatte. In den hochgelegenen Provinzen Cuzcos, in den Punas der Weißen Kordillere des Departements Ancash, im isolierten Departement Apurímac und im Ödland von Cajamarca, wo sich bis zu diesem Zeitpunkt nur eine rustikale Viehwirtschaft entwickelt hatte, blühten bedeutende Bergbauprojekte auf. Mit den Bergbauunternehmen kamen asphaltierte Straßen, Eisen- und Zementkonstruktionen, Elektrizität, Lohnarbeit und die Lastkraftwagen der Bergbaufirmen und Händler. Ein Teil der Bauern verkaufte seine Ländereien zu einem guten Preis und begann, in einen Overall gesteckt, sein neues Leben als Arbeiter des Kapitalismus. Aber das waren die wenigsten. Der Rest beobachtete misstrauisch die Neuankömmlinge und stellte binnen kurzer Zeit fest, dass sich mit der Straße und dem Fernseher auch Händler, Prostituierte, Verbrecher und hohe Preise einnisteten. Der Frieden der bäuerlichen Siedlung wurde durch die Dynamitexplosionen zerstört, die ganze Berge abtrugen, welche nach der Extraktion des Goldes aus ihren Schößen in einer Art und Weise rekonstruiert wurden, die mehr oder weniger an ihre alte Form erinnerten. Aber das größte Misstrauen der Bauern bezog sich nicht auf den Lärm, sondern auf das Wasser. Letzteres hat an der Küste und in der

sierra Perus nie im Überfluss existiert. Die prähispanischen Zivilisationen schufen Kanäle zwischen Granitabhängen, um das Wasser der Lagunen nutzen zu können, die durch die Schneeschmelze der verschneiten Gipfel im Sommer entstanden. Die mit der spanischen Eroberung einhergehende demografische Krise, welche die indigene Bevölkerung buchstäblich dezimierte, reduzierte den Druck auf die Wasserversorgung bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts, aber mit dem Bevölkerungswachstum auf 30 Millionen Einwohner zu Beginn des 21. Jahrhunderts verwandelte sich Wasser in eine knappe Ressource.

Der moderne Bergbau nutzt Wasser intensiv für die Prozesse der Flotation und der Raffination. Die Masse der Erze muss mit Hilfe von Wasser gewaschen und transportiert werden, wozu in den Bergbaustätten riesige Reservoirs gebaut werden, die der Aufnahme des Regenwassers und des Wassers aus der Schneeschmelze der verschneiten Gipfel dienen. Die Konflikte zwischen Bauern und Bergbauunternehmen haben sich seit 1999 vervielfacht, als sich im Hochland von Piura, einem Gebiet der Limonenproduktion, starker Widerstand gegen den Beginn der Goldgewinnung entwickelte. Anfang des neuen Jahrhunderts nahmen die Konflikte in Regionen wie Cajamarca, Arequipa und Cuzco zu, wo die Bauern sich, in einigen Fällen mit der Unterstützung lokaler Autoritäten, gegen von internationalen Unternehmen initiierte Minenprojekte großer Tragweite wie diejenigen von Conga und Tía María zur Wehr setzten.

Die Regierung ging dazu über, einen besseren Schutz der Umwelt durch die Unternehmen zu verlangen und schuf dazu 2008 ein Umweltministerium. Sie versuchte die Proteste zu entschärfen, indem sie die Hälfte der von den Bergbauunternehmen bezahlten Steuereinnahmen auf Gewinne den Regional- und Stadtregierungen des Gebietes überließ, in dem die Projekte durchgeführt wurden (die so genannten Minen-, Öl- oder Gasabgaben, die auch auf Häfen ausgedehnt worden sind). Darüber hinaus ging ein Teil der Abgabe an die lokalen Universitäten für Forschungszwecke. Dieses Modell scheint in einigen Regionen wie Ancash und Moquegua funktioniert zu haben, wo Bergbauunternehmen, Bauern und lokale Autoritäten zu einem friedlichen Miteinander gefunden haben, aber in anderen Regionen scheint es unzulänglich zu sein.

Mit einem ähnlichen Ziel und dem Versuch, den stark zentralistischen Charakter des Landes einzuschränken, wurde 2002 ein Programm zur Dezentralisierung eingeführt, das die Departements in "Regionen" verwandelte, die ihre eigenen Autoritäten wählen sollten. Aber es handelte

sich um eine ziemlich künstliche Dezentralisierung, weil die steuerliche Buchführung nicht dezentralisiert wurde, so dass Lima die einträglichsten Steuern und die Kontrolle über die Projekte mit der größten Tragweite, wie die großen Bergbauunternehmungen, behielt.

Von größerer Wirkung sind dagegen der Bau von Landstraßen und die Asphaltierung der großen Straßen im Hochland, die noch vor weniger als zwanzig Jahren nicht mehr als unbefestigte Pfade waren, auf denen jährlich ein Automobilrennen unter dem Namen "Wege des Inkas" stattfand. Die Zeit- und Kostenersparnis bei Reisen hat zusammen mit der größeren Zahl von Lastwagen und Bussen sowie der Verbreitung von Mobiltelefonen eine Revolution in der bäuerlichen Gesellschaft ausgelöst, die sie dem Handel annähert und ihre Kommunikation im Allgemeinen verbessert. Derzeit ist es schwer, die Richtung zu erkennen, welche dieser Wandel nehmen wird, die Optimistischsten gehen davon aus, dass er effektiv die Armut in diesem Teil des Landes verringern könnte (Webb 2013).

Auch wenn es paradox erscheinen mag, so muss man doch bei den Konsequenzen des lang anhaltenden Zyklus des in den 1990er Jahren initiierten Wirtschaftswachstums auch die Emigration von Peruanern einbeziehen. Seit den 1980er Jahren kehrte sich die Bilanz der Migration in Peru um. Trotz geringer absoluter Zahlen waren bisher mehr Menschen nach Peru ein- als ausgewandert. Die Wirtschaftskrise und der Terrorismus verstärkten die Ausreise von Peruanern. Die Zahl der Emigranten verringerte sich im nächsten Jahrzehnt jedoch, so dass man glauben konnte, es habe sich um ein konjunkturelles Phänomen gehandelt, das mit der Befriedung und dem Sieg über die Inflation nachgelassen habe. Aber seit den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts wurde die Nettoemigration wiederbelebt, so dass sie in einigen Jahren fast 1 % der Gesamtbevölkerung betrug.

Das wichtigste Ziel der Auswanderung blieb weiterhin die USA, aber es erschienen auch einige neue, wie die Nachbarstaaten (besonders Argentinien und Chile), in Europa Spanien und Italien, und eine gewisse Zeit auch Japan. Wahrscheinlich handelt es sich um ein eigenes Phänomen von großen Wandlungen erfasster Ökonomien, in denen die Landwirtschaft und traditionelle Bereiche, welche die alten "sicheren" Arbeitsplätze beinhalteten (wie Militär, Polizei und Lehrerschaft), scheinbar keine Arbeitsplätze mehr für diejenigen garantieren können, die traditionell in diesen Bereichen Beschäftigung suchten. Darüber hinaus können sie auch nicht die Erwartungen an einen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg erfüllen,

die in einer Ökonomie wachsen, die sich in hohem Tempo marktwirtschaftlich ausrichtet.

Obwohl die Ungleichheit hoch geblieben ist, haben die beiden Jahrzehnte des Wirtschaftswachstums eine Reduzierung der Geldarmut mit sich gebracht. Für 2012 hat das *Instituto Nacional de Estadística e Informática* (INEI, Nationales Institut für Statistik und Informationstechnik) den Anteil der Armen, das heißt derjenigen Bevölkerung, deren Einkommen nicht zur Deckung des Warenkorb ausreicht, der als Grundversorgung angesehen wird, auf 26 % festgelegt. Die große Mehrheit der Armen konzentriert sich auf dem Land, wo 53 % der Bevölkerung von Armut betroffen sind, während es in den städtischen Gebieten nur 17 % sind (INEI 2013).

Die Meinungen der Analysten zur Zukunft der peruanischen Ökonomie lassen sich heute in zwei große Gruppen aufteilen: einerseits diejenigen, die darauf hinweisen, dass das Wachstum der letzten Jahrzehnte in erster Linie auf dem Export von Primärgütern beruht, wodurch die Gewinne bei einem geringen Bevölkerungsanteil verbleiben und der Industrialisierungsgrad des Landes sinkt. Es handelt sich danach um ein prekäres Wachstum, das auf einer Konjunktur hoher Weltmarktpreise basiert und in dem Moment aufhören müsse, in dem diese Konjunktur ihr Ende finde. Die Vertreter dieser Richtung behaupten, dass Wachstumsphasen dieser Art für die Geschichte Perus charakteristisch sind und dass sie keine dauerhaften Veränderungen bewirkt haben, die eine diversifizierte und nachhaltige Entwicklung angestoßen hätten (Jiménez 2010, 2011; Schuldt 2005).

Auf der anderen Seite stehen jene, die die Bedeutung der seit den 1990er Jahren durchgeführten Reformen verteidigen. Letztere hätten die Makroökonomie neu geordnet, die Inflation reduziert, die Wirtschaft für den Welthandel geöffnet und das Verschwinden der Staatsbetriebe bewirkt, welche die Preise verfälschten und die Ausbreitung privater Investitionen hemmten. Sie gehen davon aus, dass diese Reformen und nicht nur der Zyklus der Weltwirtschaft für das Wachstum der letzten zwanzig Jahre verantwortlich sind. Aber sie weisen darauf hin, dass es für eine weitere Expansion der Wirtschaft einer neuen Generation von Reformen bedarf, die insbesondere die Arbeitsproduktivität, das heißt die Menge an pro Arbeitstag produzierten Gütern, erhöht. Darüber hinaus müsste der Bereich der öffentlichen Bildung, in dem 80 % der Jugendlichen lernen, verbessert werden, und die "Institutionalität" des Landes müsste gefördert werden.

Letzteres bedeutet konkret für diese Richtung, dass man dafür sorgen müsse, dass Bereiche wie Justiz, Polizei und politische Parteien sich in seriöse und zuverlässige Akteure verwandeln, um die erhebliche Korruption und Ineffektivität abzuschaffen, die bis heute für sie charakteristisch sind (Guezzi/Gallardo 2013; Barrantes/Cuenca/Morel 2012).

Betrachtet man die Anzeichen dafür, dass der Zyklus des Exportaufschwungs sich offenbar dem Ende zuneigt, so tauchen im heutigen Peru diverse Befürchtungen auf: einerseits bezüglich der Frage der Verlängerung der fetten Jahre und der Inangriffnahme von Reformen, welche die Motoren des Wachstums diversifizieren und es gerechter verteilen würden; andererseits bezüglich der Möglichkeit einer Transformation, welche die Wirtschaft unabhängiger vom Weltmarkt für Rohstoffe und engagierter auf dem Binnenmarkt macht, wofür sie robuster sein und so eine bessere Verteilung des Reichtums garantieren müsste.

(Übersetzung: Friedhelm Schmidt-Welle)

Literaturverzeichnis

- BANCO CENTRAL DE RESERVA DEL PERÚ (BCRP) (2011): <<http://www.bcrp.gob.pe/estadisticas.html>> (03.03.2014).
- (2014): <<http://www.bcrp.gob.pe/estadisticas.html>> (03.03.2014).
- BARRANTES, Roxana/CUENCA, Ricardo/MOREL, Jorge (2012): *Las posibilidades del desarrollo inclusivo. Dos historias regionales*. Lima: Instituto de Estudios Peruanos (IEP).
- BELTRÁN, Arlette/SEINFELD, Janice (2013): *La trampa educativa en el Perú. Cuando la educación llega a muchos pero sirve a pocos*. Lima: Universidad del Pacífico.
- BOURRICAUD, François (1967): *Poder y sociedad en el Perú contemporáneo*. Buenos Aires: Sur.
- COTLER, Julio (1978): *Clases, estado y nación en el Perú*. Lima: Instituto de Estudios Peruanos (IEP).
- DURAND, Francisco (2007): *El Perú fracturado. Formalidad, informalidad y economía delictiva*. Lima: Fondo Editorial del Congreso de la República.
- (2013): *Los Romero, fe, fama y fortuna*. Lima: desco – Centro de Estudios y Promoción del Desarrollo/El Virrey.
- FIGUEROA, Adolfo (2003): *La sociedad sigma: una teoría del desarrollo*. Lima: Fondo Editorial de la Pontificia Universidad Católica del Perú (PUCP)/Fondo de Cultura Económica.
- GESTIÓN: “Asbanc: Tarjetas de crédito se incrementaron en 29% en los últimos tres años”. Lima, 21.09.2013. <<http://gestion.pe/tu-dinero/asbanc-tarjetas-credito-se-incremento-29-ultimos-tres-anos-2076757>> (14.04.2015).

- GUEZZI, Piero/GALLARDO, José (2013): *Qué se puede hacer con el Perú. Ideas para sostener el crecimiento económico en el largo plazo*. Lima: Universidad del Pacífico/Fondo Editorial de la Pontificia Universidad Católica del Perú (PUCP).
- INSTITUTO NACIONAL DE ESTADÍSTICA E INFORMÁTICA (INEI) (2013): *Evolución de la pobreza monetaria 2007-2012. Informe técnico*. Lima: INEI. <http://www.inei.gob.pe/media/cifras_de_pobreza/pobreza_informetecnico2013_1.pdf> (14.04.2015).
- JIMÉNEZ, Félix (2010): *La economía peruana del último medio siglo: ensayos de interpretación*. Lima: Fondo Editorial de la Pontificia Universidad Católica del Perú (PUCP).
- (2011): “Producto potencial, fuentes de crecimiento y productividad en la economía peruana (1950-2008)”. In: *El Trimestre Económico* 78, 4 (312), S. 917-940.
- KLARÉN, Peter (2003): *Nación y sociedad en la historia del Perú*. Lima: Instituto de Estudios Peruanos (IEP).
- MENDOZA, Waldo/LEYVA, Janeth/FLOR, José Luis (2011): “Distribución del ingreso en el Perú: 1980-2010”. In: León, Janina/Iguíñiz, Javier (Hg.): *Desigualdad distributiva en el Perú: dimensiones*. Lima: Fondo Editorial de la Pontificia Universidad Católica del Perú (PUCP), S. 57-111.
- SCHULDT, Jürgen (2005): *¿Somos pobres porque somos ricos?: recursos naturales, tecnología y globalización*. Lima: Fondo Editorial del Congreso de la República.
- SOTO, Hernando de (1986): *El otro Sendero. La revolución informal en el Perú*. Lima: El Barranco.
- (2000): *El misterio del capital: por qué el capitalismo triunfa en occidente y fracasa en el resto del mundo*. Lima: El Comercio.
- THORP, Rosemary/BERTRAM, Geoffrey (2013): *Perú 1890-1977. Crecimiento y políticas en una economía abierta*. Lima: Universidad del Pacífico.
- WEBB, Richard (2013): *Conexión y despegue rural*. Lima: Fondo Editorial de la Universidad San Martín de Porres.